



# DIE PROFITABLE TÄUSCHUNG

Werner Rügemer



Nur durch Privatisierung seien die leeren öffentlichen Kassen wieder zu füllen, so heißt es. Aber Privatisierung soll noch viel mehr können. Wenn Privatunternehmen die Müllabfuhr, den Bau von Rathäusern und die Reinigung von Klassenzimmern übernehmen, dann sei das unbürokratischer, anpassungsfähiger an den wechselnden Bedarf und sowieso viel billiger als in öffentlicher Regie.

Also wird privatisiert. In den Schulen und Universitäten schieben private Putzkolonnen die Kehrmaschinen durch die Gänge. Neue Rathäuser, Kongresszentren und Kindergärten werden von privaten Investoren gebaut und dann von den Städten angemietet, Privatfirmen betreiben Müllverbrennungsanlagen und Buslinien.

Komischerweise sind die kommunalen Kassen trotzdem leer. Also muss noch mehr privatisiert werden. Bisher verschontes Vermögen der Städte soll an die Reihe kommen: Genossenschaftswohnungen, Stadt- und Wasserwerke. Das soll Milliarden bringen und nicht nur Millionen.

Aber was ist eigentlich bei den Privatisierungen bisher herausgekommen? Kaum jemand fragt danach. Also fragen wir mal.

Fangen wir an bei der Bahn. Wir könnten auf den Zusammenhang hinweisen zwischen der Privatisierung, den erhöhten Fahrpreisen und der gesunkenen Leistung. Während die umworbenen Kunden der ICE-Strecken in Shopping-Centern und Erste-Klasse-Lounges der Zentralbahnhöfe die ständigen Verspä-

---

tungen abwarten, harren Millionen Pendler auf trostlosen Provinzbahnhöfen aus.

Und Post und Telekom? Die Privatisierung hat wie bei der Bahn ein paar hunderttausend Arbeitsplätze gekostet. Und der Bund hat alle Pensionen für die betriebsbedingt frühpensionierten Beamten und Angestellten übernommen: gut fünf Milliarden Euro Altersruhegeld jährlich, im Jahr 2009 werden es neun Milliarden Euro sein. Auch so herum kann man den Steuerzahler als Finanzierer der Privatisierung in Anspruch nehmen.

Aber gut, Bahn und Telekom und Post können ja Ausnahmen sein. Aber schauen wir uns doch mal die Privatisierungen in Städten und Gemeinden an. In Sachsen zum Beispiel.

In der Sechstausend-Seelen-Gemeinde Oderwitz ist eine große Kläranlage zu bestaunen. Die hat ein privater Investor gebaut, der sich seiner Bekanntschaft mit dem Ministerpräsidenten rühmen durfte. Dieser ersetzte in seinem neuen Freistaat die alten sozialistischen Kombinate durch Privatisierungsprojekte. Die Kläranlage plante ein Ingenieurbüro, das umso mehr verdiente, je größer das Ding geplant wurde. Der private Investor kann umso mehr Abwassergebühren verlangen, je dicker und länger die Kanäle sind – unabhängig davon, ob sie wirklich so dick und so lang gebraucht werden. Für seine Fehlplanung wird der Investor mit keinem Cent zur Verantwortung gezogen. Das verschuldete Oderwitz lebt nur noch dafür, die Zinsen für das Privatisie-

rungsprojekt zu bezahlen. Jetzt verödet die Gemeinde, viele Leute ziehen weg.

Und warum haben wir über Oderwitz und hunderte anderer solcher Städte und Gemeinden nichts im „Spiegel“, im „Focus“, in der „Süddeutschen“ oder in der „Zeit“ gelesen, nachdem sie jahrelang das hohe Lied der Privatisierung gesungen haben? Wurden dort die Meinungen privatisiert?

Blicken wir uns weiter um in Sachsen. In Putzkau haben die Bürger einen Verein gegründet, um ihre Kanalisation und ihre Kläranlagen selbst zu finanzieren, notfalls ohne staatliche Hilfe. Aber sie wollen es nach einem neuen technischen Modell machen, nämlich mit vielen kleinen Kläranlagen statt mit der üblichen großen oder viel zu großen. Jeder Haushalt wäre mit wenigen tausend Euro dabei. Aber die Landesregierung will das so nicht genehmigen. Obwohl diese Lösung um ein Vielfaches billiger wäre – oder gerade deshalb? Die Auseinandersetzungen im sächsischen Putzkau führen zum Kern der Sache:

Wenn Bürger sich selbst organisieren, sogar in privater Rechtsform, dann ist das für die Privatisierungs-Fundis Teufelswerk. Nur dem großen, anonymen Kapital wird Privatheit eingeräumt. Dagegen wird den Bürgern in Putzkau die Privatheit verwehrt.

Wie im Osten, so im Westen. Lassen wir mal die privat betriebenen Müllverbrennungsanlagen zwischen Böblingen, Köln und Hamburg beiseite, die auch zu groß und zu teuer geraten sind. Vielleicht sind das auch wieder

Ausnahmen, obwohl sich die Ausnahmen merkwürdig häufen.

Nehmen wir zum Beispiel das neue Kölner Rathaus. Es wurde 1998 von der Stadt Köln bei einem privaten Investor für 30 Jahre angemietet. Es ist um eine Veranstaltungshalle herum gebaut, um die KölnArena. Diese Kombination ergibt sich nicht unbedingt aus der Sache, aber die beiden Gebäudekomplexe bilden ein gemeinsames Immobilienprojekt. Warum? Die Stadt finanziert durch den für sie höchst ungünstigen Mietvertrag für ihr neues Rathaus auch die KölnArena des Privatinvestors mit. Die Stadt muss alle Reparaturen am Gebäude bezahlen, ebenso die Mieten für alle 2.500 Parkplätze, die sie gar nicht braucht. Während sich die Kommanditisten des Immobilienprojekts über ihre dreißigjährige Gewinngarantie freuen können, mehren sich die Schulden der ohnehin schon überschuldeten Stadt. Keine weiteren Beispiele.

Vielleicht können wir trotzdem schon die Frage beantworten, warum die bisherigen Privatisierungen nicht öffentlich bilanziert wurden. Ganz einfach: Die meisten Privatisierungen erhöhen die kommunale Verschuldung, die sie eigentlich abbauen sollen. Die mächtigen Privatisierer gewinnen, die privatisierten Bürger verlieren. Als Steuerzahler, als Gebührenzahler, als Konsumenten, als Arbeitnehmer. Die Täuschung ist perfekt und profitabel, aber nur für wenige.